



Katholische Arbeitnehmer-Bewegung
Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart

Presseinformation

KAB kritisiert scharf den Koalitionsbeschluss zur Anhebung der Verdienstgrenze bei Minijobs

Anhebung der Verdienstgrenze führt zur Ausweitung des Niedriglohnbereichs

Die von der Regierungskoalition beschlossene Anhebung der Verdienstgrenze von 400 auf 450 Euro bei Minijobs und entsprechend von 800 auf 850 Euro bei Midijobs ist ein Schlag ins Gesicht für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Anhebung führt nicht nur zu noch mehr Arbeitsverhältnissen, die sich häufig außerhalb jedlicher tarifrechtlichen und arbeitsrechtlichen Regelung befinden. Ein weiterer eklatanter Verlust in den Kassen der Sozialversicherung ist zu erwarten. Ganz zu schweigen von den Betroffenen selbst, so Anja Mayer, Frauenreferentin der KAB. „Überwiegend Frauen nutzen Minijobs als sozialversicherungsfreie Arbeitsverhältnisse, manche freiwillig, viele auch gezwungenermaßen, da viele Arbeitgeber nur noch diese billige Möglichkeit der Teilzeibeschräftigung anbieten.“ Gesamtgesellschaftlich kommt dies faktisch einer Ausweitung des Niedriglohnbereichs gleich und das auf Beschluss der Regierung mit all ihren negativen Auswirkungen auf Kaufkraft, Spaltung der Gesellschaft und Armut, vor allem im Alter. „Es ist eine Frechheit, von einer Verbesserung der rentenrechtlichen Absicherung bei Minijobs zu sprechen, die mit dieser Anhebung scheinbar vorgenommen wurde“ so Hilda Frech, Vorstandsmitglied der KAB. Die angekündigte Möglichkeit zur Aufstockung der Rentenversicherungsbeiträge durch den Arbeitnehmer war bisher auch schon möglich und soll jetzt wiederum freiwillig bleiben.

Unsere Forderung nach Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro und der Einführung eines Mindestlohns von 9,20 Euro ist die richtige Antwort auf die skandalösen Zustände im Niedriglohnbereich und auf die prognostizierten Zahlen von Altersarmut, vor allem bei Frauen, betonte Diözesansekretär Peter Niedergesäss. In Würde zu arbeiten und zu leben setze einen Arbeitsmarkt voraus, der allen Menschen einen gerechten Lohn für ihre Arbeit zahle und damit auch die notwendigen Einnahmen für einen funktionierenden Sozialstaat sicher stelle.

Verantwortlich:

Diözesansekretariat der KAB, Postfach 70 03 36, 70597 Stuttgart, Tel. 0711 / 9791-135, Fax: 0711 / 9791-168

E-Mail: KAB@blh.drs.de